

IFI- Vereine melden in allen Bezirken Bürgerbegehren an

- Dachverband strebt ein Bau-Moratorium als Basis für konkrete, zügige Verhandlungen an
- Anmeldung der Bürgerbegehren erfolgt konzertiert heute und in den nächsten Tagen
- Regierungsfractionen haben Bau-Moratorium mehrfach abgelehnt
- Trotz Rekordergebnis der Volksinitiative wird vielerorts weitergebaut

5. April 2016

Heute und in den folgenden Tagen werden Initiatoren des Dachverbandes IFI in allen Bezirksämtern Bürgerbegehren anmelden. Dazu Klaus Schomacker, Sprecher des Dachverbandes: "Wir begrüßen ausdrücklich die Gesprächsbereitschaft und die angenehme Atmosphäre in den bisherigen Gesprächen mit den Regierungsfractionen. Aber leider wird trotz des großen Erfolges unserer Volksinitiative ununterbrochen an vielen Unterkünften gebaut. Das finden wir nicht angemessen und nicht fair."

Die Initiatoren der Volksinitiative haben in den Gesprächen mehrfach um ein Moratorium gebeten. Diese Bitte wurde jedoch wiederholt abgelehnt. Daher sahen sich die Vereine des Dachverbandes nun zu diesem Schritt gezwungen, der in den Bezirken schon nach max. 2000 Unterschriften eine Veränderungs-Sperre und damit einen Baustopp auslösen wird.

„Wir haben natürlich auch Verständnis für die große und komplizierte Aufgabe, der sich der Senat gegenüber sieht. Daher schlagen wir vor, dass aus den bisher relativ unverbindlichen Gesprächen ab sofort konkrete Verhandlungen werden. Unser Ziel ist es, in den nächsten zwei Monaten zu einem erfolgreichen Verhandlungsergebnis zu kommen. Vielleicht gelingt ja sogar eine Art „Bürgerfrieden“ zum Thema Flüchtlingsunterkünfte - analog zum so genannten Schulfrieden“, ergänzt Klaus Schomacker.

Sowohl die vielerorts ungebremsten Bautätigkeiten als auch unbefriedigend verlaufende Gespräche mit Politik und Behörden haben die Initiatoren der Volksinitiative „Hamburg für gute Integration!“ gemeinsam mit den Mitglieder der IFI zu diesem Schritt bewogen. Ziel dieser stadtteilbezogenen Bürgerbegehren ist es auch, ab sofort gemeinsam und konstruktiv mit dem Senat an ganz konkreten Lösungen zu arbeiten.

Klaus Schomacker abschließend: „Wenn der Senat einen möglichen Volksentscheid im September 2017 verhindern will und bereit dazu ist, gemeinsam nach Lösungen zu suchen, dann sollte dies jetzt geschehen. Die Situation ist nicht alternativlos und die Großunterkünfte, die nun trotzdem gebaut werden sollen, werden von großen Teilen der Hamburger Bevölkerung abgelehnt. Der deutlich zurückgegangene Zustrom an Flüchtlingen gibt uns jetzt die notwendige Luft für das Moratorium und die Verhandlungen.“

Zum Hintergrund

Im Rahmen der Volksinitiative „Hamburg für gute Integration“ wurden in der Zeit vom 26.2. bis 2.3.2016 in nur knapp 5 Tagen über 26.000 Unterschriften gesammelt. Konkreten Einfluss auf das Regierungshandeln hatte dieses Rekordergebnis offenbar bisher jedoch leider nicht.

Zudem: Sowohl Vizekanzler Sigmar Gabriel als auch Bundesbauministerin Dr. Barbara Hendricks haben sich zuletzt öffentlich für kleine Einheiten bei der Flüchtlingsunterbringung bzw. für einen gemischten Wohnungsbau anstelle von Flüchtlingswohnungsbau ausgesprochen.